

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter Frh. Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle Stuttgart, Rübstr. 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Sonntag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Jeder Metallarbeiter gehört in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Desse Fortschritt wird von denen erschwert, die beiseite stehen.

Am Lohnabzug und Arbeitszeitverlängerung sind die Unorganisierten mit Schuld.

Darum kommt zum Verband, helfst mit an eurer eignen Sache.

Verschiebt den Anschluss nicht auf morgen, denn dies morgen kommt niemals.

Wartet nicht bis der andere damit beginnt, sondern beginnt gleich selbst.

Hört nicht auf die Kleinmütigen, sondern erfüllt sie mit Vertrauen zur Gewerkschaft.

Haltet das nicht für unmöglich, denn bei Millionen ist es schon gelungen.

Lasst darin nicht nach, weil nur Beharrlichkeit zum Ziele führt.

Macht euren Verband noch stärker, damit er euch noch besser schützen kann.

Reiht euch an!

Die Gewerkschaften müssen stärker werden, stärker an Zahl und an Arbeitskraft! Wer will dieses Ziel nicht erreichen, wer aus der großen Masse des Arbeiterheeres, das unter der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden hat? Keiner kann es wollen.

Wir müssen nicht nur den jungen Nachwuchs in den Gewerkschaften haben, wir dürfen auch nicht versäumen, mit aller Macht und herzlichem Zuspruch jene Arbeiterkameraden zu gewinnen, die schon irgendwo in der Organisation gestanden haben und wieder ausgeschieden sind.

Mancher ist gegangen, weil es wirklich nicht die rechte Stelle war, wo er stand, weil sein Wollen und seine Kraft nicht das rechte Ziel sahen. Er war nicht bei den freien Gewerkschaften.

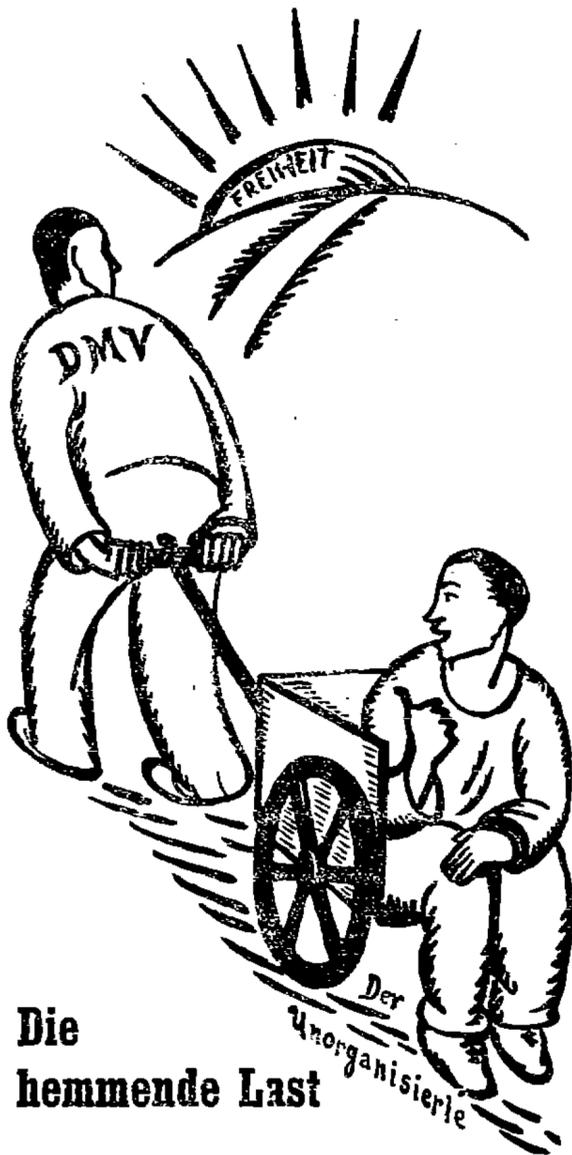
Andere wieder griffen über den Streit um den rechten Weg. Vielfach sind von dem Hin und Her solchen Meinungsstreites auch die Gewerkschaften nicht verschont geblieben. Zuweilen schien es dann früher, als glaubten manche der Streitenden, die oft genug viel guten Willen zeigten, die Kraft der Arbeiterchaft sei so unübersehbar groß und so unerlässlich wie der „große Gott“ der Volkswirtschaft, nach dem ja viele griffen, ohne sich weiter darüber Gedanken zu machen, ob und wie sich der Inhalt verändere. Gewiss wünscht bei der robusten Kampfstellung des skrupellosen Unternehmertums gegen die Arbeiterchaft mancher Mann in der Werkstatt, daß heute mehr Kraft für den Kampf gegen den brutal vorgehenden Feind aufgewendet werden könne. Aber was bei dem Streit der Meinungen an eigener Kraft vertan worden ist, kann nicht gleich ganz wieder wettgemacht werden. Wohl aber können wir die Kraft der Arbeiterchaft durch die Organisation bald wieder erheblich vermehren, wenn aus den Vorgängen, die hinter uns liegen, gelernt wird. Dies ist aber auch der einzige Weg.

Bei manchen Vorwürfen, die gegen die freien Gewerkschaften gerichtet wurden, war leicht zu bemerken, daß die Umstände und Antriebskräfte des Geschehens zu wenig bekannt waren, oder daß bei der Beurteilung von Einzelvorgängen der rechte Blick fehlte, weil die allgemeinen Gesetze nicht erkannt waren, oder weil man vielleicht die aus dem Rahmen fallende Einzelhandlung durchaus nur nach der allgemeinen Elle messen wollte.

Nach dem verlorenen Krieg mußte damit gerechnet werden, daß die Stimmung der ersten revolutionären Zeit nicht von sich aus gleich dauernd so bleiben würde. Immer war es nämlich so, daß eine gebundene Kraft bei ihrer Lösung zuerst über das zeitlich gegebene Ziel hinausschlug und erst nach einem längeren Spiel von „Aktion“ und „Reaktion“ eine gewisse Ruhepause fand. Leider haben viele Personen dies früher nicht genügend erkannt oder sie griffen in den Mitteln fehl.

Die Beurteilung der Rolle der Gewalt im Weltgeschehen brauchte die Arbeiterchaft dem Grunde nach nicht zu trennen. Doch muß beachtet werden, daß die Gewalt kein Allheilmittel ist. Sie tritt nur da auf, wo die Menschen zu unbeholfen sind, ein Gemmis, das dem Aufbau bei der allmählichen Kulturentwicklung im Wege ist, anders aus dem Wege zu räumen. Je mehr aber die Kräfte einer Gemeinschaft geschwächt sind, um so mehr ist auch Anlaß, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Anwendung kraftzehrender Gewalt zu vermeiden. Zuweilen kann die Gewalt wie etwa bei der Geburt die einzige Möglichkeit der Befreiung bei einem gefährlichen Spannungszustand sein. Seit Marx und Engels ist aber die Entwicklung der Sprungaus der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Je mehr wir uns der Gesetze des Geschehens bewusst werden, um so mehr haben wir auch die Möglichkeit, die „blinde“ Natur zur bewußt geleiteten Kultur zu machen und die Wirkungen der Naturgesetze geradezu umzukehren.

Wir dürfen aber die Wirtschaft nicht als eine mechanische Konstruktion ansehen, an die man beliebig die Art anlegen könnte, denn dies würde leicht zu



Die hemmende Last

Doktor-Glienhardt-Kuren führen, wobei es heißen könnte: Operation glücklich verlaufen, Patient leider gestorben! Dies muß beachtet werden, so sehr auch Wunsch und Wille dahin drängen, den kapitalistischen Wirtschaftsquasialbern das Handwerk gründlich zu legen.

Die Wirtschaft ist etwas Lebendes, sie ist als Kulturgrundlage durch die Jahrtausende hinaus mit der Arbeit ungezählter Geschlechter zu dem gewachsen und herangebildet, was sie heute ist. Sie erfordert die beständige Beobachtung und Pflege durch den Gärtner, der darauf achtet, daß unten nicht die Triebe aus der Vorgezeit übermächtig werden. Wo es nicht anders geht, da nimmt der Gärtner sein Messer oder er zwingt zusammen, was absterben will. Immer aber muß der Gärtner im Einklang mit den Naturgesetzen sein. In diesem Punkte kann er auch neue Formen heranzüchten, gegen sie erzieht er aber höchstens Enttäuschungen.

Zuweilen hört man, das „Chaos“ sei immer erst die Voraussetzung für einen „neuen Anfang“. Diese Redensart findet besonders dann Anklang, wenn ein gegebener Zustand als schweres Übel empfunden wird. Vor allem bleibt da die Frage, ob ein „neuer Anfang“ dann auch das Bessere wird. Der Wunsch allein tut es nicht. Wie oft haben viele Menschen in den hinter uns liegenden Jahren schon aus einem Übel herausgedrängt und sich dabei leicht eingeredet, das

Neue „müsse“ dann auch das Bessere sein. Und wie oft war man da später bitter enttäuscht!

Es kommt vielen Volksgenossen immer noch lange nicht genügend zum Bewußtsein, daß auch die gegenwärtige Kultur trotz allen Fehlern und Schäden doch besser ist, als etwa das Leben im Döhlengeltalter oder gar das völlige Durcheinander ohne jede Organisation. Die Frage kann ja doch nur sein, daß und wie wir über den Kapitalismus hinauskommen.

Die Gewerkschaften streben mit aller verfügbaren Macht aus der kapitalistischen Barbarei zu einer besseren, edleren Gemeinschaftskultur.

Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch dem Kampf um die kürzere Arbeitszeit ihre besten Kräfte gewidmet. Die Gewerkschaften haben den Stellung einer festen Presse verpflichtet, daß lange Arbeitszeit hohen Lohn bedeute, sie haben zahlungsmäßig aufgedeckt, daß es umgekehrt war, daß der Stundenlohn um so höher stand, je länger der Arbeitstag war.

Die Gewerkschaften haben als Voraussetzung für den „materiellen“ Aufstieg auch nachdrücklich die Erbe der Persönlichkeit betont und die besseren Kräfte im Arbeiter geweckt: „Du sollst dich nicht bücken und bücken, du sollst den Knechtstun von dir tun, du bist ein Mensch wie der andere auch, wie der Unternehmer. Alle Menschen, gleich geboren, sind ein adliges Geschlecht.“ So schrieben die Väter der freien Gewerkschaften immer wieder und hämmerten in die aufhorchenden, aus dumpfem Schlaf erwachenden Ohren den stolzen Gedanken der vereinigten Kraft. Das gab den Schwachen Hoffnung, das stärkte die Zuversicht und trug die schweren Kämpfe um mehr Lohn und Brot, mehr Licht und Sonne für die Arbeiter und ihre Familien.

All das weißt du ja auch, aber vielleicht hast du oder dein Kamerad es im Strudel der unraffigen und zerfahrenen Jahre doch zu wenig beachtet.

Denk an die besonderen Unglücksfälle im Arbeiterleben, wo dir die Gewerkschaft eine Stütze war oder eine Sicherung für solche Zeiten, an Krankheitsfälle oder Wagnisse. Lungen!

Denk auch an die schweren Sorgen der Arbeitslosigkeit. Bitter fragen die Erwerbslosen bei der erbarungs-würdigen Ungewißheit der Lage, ob sich ihr schweres Los denn immer noch nicht wenden will! Aber wieviel Mühe und ausdauernde Arbeit hat es gekostet, bis die Gewerkschaften mit ihren Gedanken der sozialen Gildelichtung durch den Staat wenigstens so weit durchdringen konnten, wie sie heute ausgewirkt sind! Denk daran, daß starke Kräfte am Werk sind, die Sache der Erwerbslosen helfen und auch noch wieder ganz „abzubauen“! Helft in den Gewerkschaften, schützt und wehrt!

Früher wurde der von der Produktion ausgescherte Arbeiter auf der Landstraße als Ausgehiger behandelt, die Landjäger stellen ihn oft genug seit dem Reiches gleich. Die Gewerkschaften halfen dem Armen auch in der Weise über die besondere Notzeit, daß sie ihn mit etwas Reis geistlich versorgten. So konnte der wandernde Arbeiter Land und Leute kennen lernen, ohne immer besorgen zu müssen, „ber-schilt“ zu gehen.

Rein, nein, all das kann ja gar nicht vergessen werden. Im Anmut kann der Born mal kurze Zeit als schlichter Ratgeber wirken, aber doch nur, um bald wieder der ruhigen Erwägung und vernünftigen Überlegung das Feld zu lassen. Und diese Überlegung sagt jedem vom Kapital ausgebeuteten Arbeiter, daß er mit seinen Kameraden und Werkstattkameraden in die freien Gewerkschaften gehört, in unserm Fall in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Diese notwendige Gemeinschaftsarbeit läßt voll und ganz die Möglichkeit, daß daneben jeder Arbeiter auch heute politisch da sein kann, wo er es für richtig hält, und das verstehen kann, was er will. Du kannst im Deutschen Metallarbeiter-Verband mitgehen und arbeiten, auch wenn du denkst, auf andern Gebieten anders zu tun, als dein Arbeitskammerad. Halten wir es mit den schlichten Worten: Im Notwendigen Einigkeit, im Zweifelhaften Freiheit, in allem Liebe!

Worte der Mahnung

Seit vielen Jahrzehnten hat die deutsche Arbeiterklasse um das Koalitionsrecht gekämpft, das heißt um das Recht der Arbeiter, sich mit ihren Gleichen zur Erreichung besserer Lebensbedingungen zusammenzuschließen. Es hat Zeiten gegeben, wo man ihnen dies Recht nicht nur theoretisch bestritt, sondern auch praktisch unmöglich machte. Selbst dann, als man ihnen das Koalitionsrecht zubilligte und es gesetzlich festlegte, sträubte sich das Unternehmertum noch immer mit Händen und Füßen dagegen, ihren Arbeitern und Angestellten die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften zu gestatten. Sie wandten das Mittel der Entlassung an, wenn ein Proletarier von seinem gesetzlich gewährtesten Rechte Gebrauch machte, in zehntausenden von Fällen sind organisierte Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen worden, so daß sie mit Weib und Kind betteln gehen mußten. Wenn sich die Proletarier gegen dieses himmelschreiende Unrecht aufbäumten und in den Kampf um ihr gutes Recht traten, stellten sich die Regierungen, vom Minister bis zum Gendarmen geschlossen hinter die Gesetzesverächter und die Vergewaltiger des Rechts. Diese standhafte Haltung der Obrigkeit wird für immer ein Schandfleck bleiben, sie beweist unwiderleglich, daß es ein Pohn auf die Wirklichkeit war, von einem Rechtsstaat zu sprechen, der in der Tat ein Klassenstaat war, dem die Ungerechtigkeiten aus allen Poren triefen. Wer es auf anderen Gebieten noch nicht gemerkt hatte, daß der Satz: „Gleiches Recht für alle!“ eine elende Redensart ist, dem wurde es auf dem Gebiete des Koalitionsrechts mit wuchtigen Schlägen eingegämert.

Im Laufe der Zeit erstarbte die Macht der Gewerkschaften und damit wurde das Koalitionsrecht allmählich zu einer Wirklichkeit. Nach der Novemberrevolution vom Jahre 1918 war die Macht des Proletariats so stark geworden, daß man wohl sagen konnte: Jedem deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist die Möglichkeit gegeben, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen, falls sie die Absicht und den Willen dazu haben. Wie bekannt, machten damals auch zahlreiche Proletarier von dieser Möglichkeit Gebrauch und die Gewerkschaften nahmen zahlenmäßig beträchtlich, einen nie gekannten Aufschwung. Leider ließ dieser zahlreichere Zuwachs hinsichtlich seiner Güte viel zu wünschen übrig. Es traten zahlreiche bisher unorganisierte in die Gewerkschaften ein, ohne daß sie von dem Wesen der Organisation eine Ahnung hatten. Die gewerkschaftliche Schwingung ließ viel zu wünschen übrig und so kehrten im Laufe der Zeit viele Mitglieder wieder der Gewerkschaft den Rücken. Abgesehen von den unglücklichen Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften, ist die Ursache der Organisationsflucht vorwiegend darin zu suchen, daß die meisten Neuzugeworbenen mit hochgepaunten Erwartungen gekommen waren, die nach Lage der Sache gar nicht zu erfüllen waren. Als sich die großen Hoffnungen nicht erfüllten, machte sich eine Enttäuschung bemerkbar, die Redensart, daß die Gewerkschaften verregt hätten, wurde immer wiederholt. So verloren denn die Gewerkschaften viele der neu gewonnenen Mitglieder. Es gibt leider unter den Proletariern und Proletarierinnen viel zu viele, die ernten wollen, ohne gesät zu haben, die jede Anstrengung, jedes Opfer, jede Mitarbeit scheuen, weil sie glauben, die Früchte würden ihnen von selbst in den Schoß fallen.

Über die Notwendigkeit einer Organisation anzuhören, brauchen wir wohl kein Wort mehr zu verlieren. Jedes Schulkind sieht ein, daß der einzelne mit seiner geringen Kraft nicht imstande ist, sein Schicksal zu meistern und daß insbesondere die Angehörigen der Unterschichten nur dadurch ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern vermögen, daß sie ihre Einzelkräfte zu einer Massenkraft zusammenfassen und in starken Organisationen um eine Hebung ihrer Lebenslage kämpfen. Nur der organisierte Massenkampf verbürgt den Sieg des Proletariats. Daraus ergibt sich die Verpflichtung eines jeden Proletariats, seiner Gewerkschaft anzugehören und in keiner Gewerkschaft mitzuarbeiten. Die Koalitionspflicht, die naturnotwendig aus dem Koalitionsrecht hervorgeht, ist die heiligste Pflicht, die es gibt. Wer sich dieser Pflicht entzieht, der begeht ein Verbrechen an seinen Klassenangehörigen. Ein unorganisierte Arbeiter, der tatenlos und gleichgültig beiseite steht, während seine Kollegen hart und schwer ringen, der andere für sich arbeiten läßt und die Früchte dieser Arbeit in Gewalttätigkeit ansetzt, setzt sich der Gefahr aus, Schmarozker geheißen zu werden. Die deutsche Sprache hat für diese Menschenart verschiedene Ausdrücke: sie spricht von einem Menschen, der sich um einen Tisch legt, den andere gedeckt haben, der sich in ein Bett legt, das andere gereinigt haben, der die Früchte pflückt von einem Baum, den andere gepflanzt haben.

Die Unorganisierten nehmen alle Errungenschaften der Arbeiterorganisationen für sich in Anspruch. Sie beanspruchen erscheinliche Löhne, normale Arbeitszeit, gute Behandlung, Ein-

fluss des Daseins usw., und wenn ihre Gewerkschaft diese Vorteile errungen hat, so drängen sie sich heran an die Krippe und suchen für sich möglichst viel davon auf die Seite zu bringen. Aber wenn es darauf ankommt, Opfer zu bringen und mitzuarbeiten, um diese Vorteile zu erringen, dann sind die schmarozkerhaften Elemente nicht zu Hause, dann scheuen sie die angeblich zu hohen Beiträge. Für alles Mögliche haben sie Geld, nur nicht für die Gewerkschaft, der sie so viel verdanken. Diese Knickigkeit gegenüber den Organisationen ist eine Sünde, sie wird zu einem Verbrechen, weil sie die Ursache ist von der Machtlosigkeit der Gewerkschaften. Ist es nicht, gelinde gesagt, eine bodenlose Unflucht, wenn Proletarier ihre Gewerkschaft im Stich lassen in einem Augenblick, wo starke kampffähige Gewerkschaften nötiger sind als jemals? Ist es nicht Selbstmord, wenn Proletarier in Zeiten wie den heutigen ihre Gewerkschaft, die einzige Waffe im proletarischen Kampfe ums Dasein, leichtsinnig zerbrechen? Wenn sie sich selbst zur Ohnmacht verdammen und sich der Willkür des Ausbeutertums widerstandslos ausliefern? Die Unorganisierten tragen die Schuld mit daran, daß die Arbeitgeber von Tag zu Tag frecher und unverschämter werden; daß sie die Proletarier auf die Knie zwingen, daß sie ihnen auch die letzte Errungenschaft der Revolution rauben wollen. Die Unorganisierten sind auch mit verantwortlich dafür, daß der Achtsundentausend in die Brüche geht.

Im menschlichen Zusammenleben gilt der Grundsatz: Wer Rechte in Anspruch nimmt, der muß auch die entsprechenden Pflichten übernehmen und auch im Gewerkschaftsleben gilt es, die gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen, wenn man das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein fordert. Wer seine Organisationspflicht nicht tut, der darf sich nicht beklagen, wenn er nicht als vollwertiger Kollege betrachtet und behandelt wird. Wer nicht an dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aktiv teilnimmt, der kann auch nicht auf die Hilfe und Unterstützung seiner organisierten Kollegen rechnen. Wer Sozialismus predigt, der muß auch Solidarität üben. Wer das Joch des Kapitals bricht, wer heraus will aus dem Sumpfe des Elends, der muß Schulter an Schulter mit seinen Kameraden und Genossen kämpfen. Deshalb ist und bleibt die Koalitionspflicht die höchste und heiligste Pflicht des Proletariats. Wer diese Pflicht erfüllt, der hat Anspruch auf den Titel Klassenbewußter Proletarier.

Von unten auf rüsten!

Wenn in unfern Reihen von Besserung der Löhne und kulturellem Fortschritt der Arbeiterschaft die Rede ist, nehmen die Gedanken und Gefühle gewöhnlich einen hohen Flug. Das ist gewiß recht gut. Nach besser aber, wenn über dem Hochflug nicht eine der wichtigsten Voraussetzungen des Fortschritts vergessen wird, nämlich, daß dazu Geldmittel vorhanden sein müssen, die durch Beiträge an den Verband aufzubringen sind.

Seit Bestehen unseres Verbandes hat es immer Mitglieder gegeben, die sich gegen eine Beitragserhöhung wehrten. Die einen waren dagegen, weil sie dem Beitragsgeld keinen Gesinnungsgewinn vermaßen, die andern, weil sie befürchteten, durch die Erhöhung des Beitrags könnten Mitgliederverluste eintreten und so der Verband geschwächt werden. Wenn dennoch vom Beginn des Verbandes an, mit 15 % die Woche angefangen, eine Erhöhung der andern folgte, bis der Beitrag schließlich auf 70 % die Woche zu stehen kam, so weiß dann der geistigeren Beiträge höhere Löhne und viele andere Vorteile errungen werden konnten, so daß am Ende das Mehr an Beitrag geringer ward als das Mehr der Errungenschaften.

Wie die Erfahrungen der früheren Jahre lehren, sind zwar wiederholt, allerdings nur vorübergehend, Mitgliederverluste durch Beitragserhöhung eingetreten, aber diese Verluste sind schnell wieder wettgemacht und darüber hinaus neue Scharen dem Verbande zugesandt worden. Von der heute weitverbreiteten Ansicht, ein Stundenverdienst gleich ein Wochenbeitrag, war damals keine Rede. Für das Gros der Mitglieder betrug der Verbandbeitrag im letzten Jahre vor dem Kriege zwei Stundenverdienste. Außerdem erhoben die Verwaltungskosten bei größeren Kämpfen sofort Sonderbeiträge zur Unterstützung der Streitenden oder Ausgesperrten. Besonders wurden die ledigen Mitglieder zu erheblichen Opfern herangezogen. So zum Beispiel in der Verwaltungskasse Berlin im Jahre 1913 anlässlich des unannehmlichen Ausstandes in der Gellnerstraßeindustrie, wo neben dem eigentlichen Beitrag Woche um Woche eine Sondersteuer nicht unter drei Mark bezahlt werden mußte. Solche Opfer sind früher gebracht worden, und da dieser Opferwilligkeit brachte es der verhältnismäßig kleine Haufen Organisierten von Erfolg zu Erfolg.

Nach Beendigung des Krieges lag das Beitragswesen in allen Gewerkschaften Jahre hindurch im Argen. Der Zerfall der deutschen Währung ließ ein gutes Beitragsverhältnis nicht aufkommen. Alle Bemühungen der leitenden Stellen, Einnahmen und Ausgaben des Verbandes mit dem Währungsverfall in Einklang zu bringen, scheiterten an den sich überlagernden Ereignissen. Wir alle sind Jungen jenes schmerzlichen Niederganges gewesen. Die Mark jerrann von Woche zu Woche, von Tag zu Tag, eine Lohnbewegung jagte die andere. Man erstarrte bei der Bedenke, den Beitrag dem Verdienste anzupassen. Und da in der damaligen Not ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag immerhin eine Besserung war, wurde die Formel gewählt: Durchschnittlicher Stundenverdienst gleich wöchentlichem Be-

tragsbeitrag. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist im Jahre 1922 eifrigstes Bestreben des Vorstandes gewesen. Die Anstrengung war indes vergeblich. Mit dieser Art der Beitragsfestsetzung können, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Spitzenverdienste nicht erfasst werden. Abgesehen von dieser Ungünstigkeit reichte ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag auf die Dauer nicht aus, dem Verband die Mittel zuzuführen, die er zur Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben bedarf.

In Anbetracht alles dessen hat der Verbandstag zu Kassel, die höchste Stelle unserer Organisation, beschlossen, die unannehmliche Art der Anpassung des Beitrags an den Stundenverdienst zu beenden und sie durch eine feste Beitragsleistung nach Berufsgruppen und Altersklassen zu ersetzen, und zwar hat er festgelegt: für die I. Klasse 70 %, II. Klasse 50 %, III. Klasse 30 %, IV. Klasse 20 %, V. Klasse 10 %.

Ein einschichtiges Verbandsmitglied, das die Pflichten und Aufgaben der Stunde kennt, kann an der Höhe dieser Beitragsätze Anstoß nehmen. Wenn aber vor dem Anteilmäßigen der Beiträge das Wohl der Mitglieder im Vordergrund steht, werden die Unterlassungsfehler bei Streiks und Aussperrungen, entsprechend dem Kasseler Verbandsratsbeschlusse auf eine Höhe gebracht, die das Ausscharren in langen Kämpfen sichert. Sind die Mittel zur Führung der Kämpfe schwachgestellt, soll die Erwerbslosigkeit unter Führung wieder eingeführt werden. Durch sie sollen die Mitglieder bei Erwerbslosigkeit vor größerer Not geschützt und an den Verband geschickt werden, um so die Widerstandsfähigkeit des Verbandes zu steigern. Ist einer unter uns, der nicht sein Bestes hergibt zur Erreichung dieses Zieles? W. Eggert.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Durch rücksichtslose Ausnutzung ihrer wiedererlangten Macht und der für die Arbeiterschaft außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es den Unternehmern in den letzten Monaten gelungen, einen starken Abbau der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung durchzuführen. Das den Unternehmern das bisher Erreichte nicht genügt, was zu erwarten. Wir müssen deshalb mit weiteren und noch härteren Angriffen auf die sozialen Errungenschaften rechnen. Zurzeit stehen die Betriebsräte im Brennpunkt des Unternehmerangriffes. Das verhasste Betriebsrätegesetz soll beseitigt werden. Durch angeblich geführgewordene Verträge der Betriebsräte soll die Gesetzgebung für einen Abbau des Betriebsrätegesetzes gefügig gemacht werden. Mit Material von fragwürdiger Objektivität wird der Nachweis zu erbringen versucht, daß die Betriebsräte produktionshemmend wirkten und ihr Weiterbestehen für das deutsche Wirtschaftsleben nicht mehr tragbar sei. Mit der Beseitigung der Betriebsräte glaubt man die Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften in den Betrieben besser und schneller zu erreichen. Dies würde auch ungewissheit eintreten, wenn das Vorgehen der Unternehmer Erfolg haben sollte. Das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Wenn auch das Betriebsrätegesetz nicht allen unseren Wünschen entspricht, so muß doch festgestellt werden, daß es der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften weitgehende Rechte gegeben hat, Rechte, die es den Gewerkschaften unter anderem ermöglichen, die Interessen der Belegschaft im Betriebe selbst unmittelbar vertreten zu können. Diese Rechte gibt es jetzt zu verteidigen. Über den Ernst der Lage darf niemand im unklaren sein. In der heutigen Zeit, wo die Arbeiterschaft infolge der wirtschaftlichen Machtverhältnisse in die Verteidigung gedrängt ist, müssen alle Kräfte doppelt angepannt werden, um Verschlechterungen des Errungenen erfolgreich abzuwehren. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn diese Abwehrkämpfe von starken in sich geschlossenen Gewerkschaften durchgeführt werden. Darüber besteht kein Zweifel: Ohne starke Gewerkschaften kein Betriebsrätegesetz und keine Betriebsräte, ohne Gewerkschaften keine Mitwirkung an der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, kein Schutz gegen die Willkür der Unternehmer. Diese Wahrheit wird heute leider viel zu wenig gewürdigt. In der Stärkung und dem weiteren Ausbau ihrer Gewerkschaft mitzuhelfen, muß daher vornehmlich die Pflicht der Betriebsräte sein. Notwendige Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß jeder Betriebsrat zunächst selbst überzeugter Gewerkschaftler und mit dem Herzen dabei ist. Trifft das nicht zu oder handelt der Betriebsrat nicht nach den Anweisungen seiner Gewerkschaft, sondern wie es gerade jetzt wieder geschieht, nach den Anweisungen seiner politischen Partei, dann wird er diese Pflicht niemals vollständig erfüllen können. Das gleiche tritt ein, wenn der Betriebsrat nicht die Grenzen des Möglichen erkennend, seine Tätigkeit abzukübeln versteht. In beiden Fällen wird er oftmals bei einem Teil der Belegschaft auf Widerstand stoßen und so die notwendige Einigkeit und Geschlossenheit gefährden. Jeder Betriebsrat muß sich fest von dem Grundsatz leiten lassen, daß das Betriebsrätegesetz nicht für die mehr oder weniger persönlichen Neigungen der Betriebsräte, sondern für die gesamte Arbeiterschaft geschaffen wurde, deren Sache zu vertreten den Gewerkschaften obliegt.

Handeln die Betriebsräte in diesem Sinne, üben sie ihr schweres Amt nur in unruiger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aus, dann kommt in alle ihre Handlungen eine gerade, einheitliche Linie, und sie werden sich so Vertrauen, Achtung und Einfluß sowohl bei der Belegschaft als auch beim Unternehmer verschaffen. Schlüssig und getragen von dem Vertrauen der Belegschaft, können und müssen dann die Betriebsräte alle Kräfte einsetzen, die Geschlossenheit der Gewerkschaften herzustellen und zu erhalten. Vertragen die Betriebsräte, so steht zu befürchten, daß die Unternehmer ihr Ziel erreichen, daß die in jahrzehntelangen erbittertem Ringen endlich eroberte gesetzliche Betriebsvertretung wieder beseitigt und damit die Aussicht vernichtet wird, die großen Aufgaben der Betriebsräte zu erfüllen. Deshalb, Betriebsräte: Erkennt rechtzeitig die drohende große Gefahr, werbt für eure Organisation, klärt eure Arbeitskollegen auf, daß nur Zugehörigkeit und Treue zur Gewerkschaft den Erfolg verbürgt.

Kuriose Erfindungen

Das Objekt der Kap. — Das Rechtsgeschäft mit Kap. — Die Pflichten als Bestandteil der Zügelung.

Von Arthur Streich (Kochbuch verboten.)

Viele Registrator und ähnliche Zeitungsblätter bringen oft allfällige Kuriositäten zu angeblich noch lebenden Erfindungen, die ohne weiteres den dadurch zum Ausdruck gebrachten scherzhaften Sinn erkennen lassen. Man freut sich über die absonderlichen Ideen und sagt sich, daß solche oder ähnliche kuriose Gedanken wohl niemals von einem „indisch-chinesischen“ Erfindungsgeist verfaßt werden. Durch diesen man aber die patentamtlichen Berufsamtler, so wird Registratorpapiere verfertigt, denn da gibt es — und zwar ziemlich zahlreich — von den Amerikanern erstgenannte Erfindungen, die die überzogene Phantasie der Registratorpapiere in den Schatten stellen.

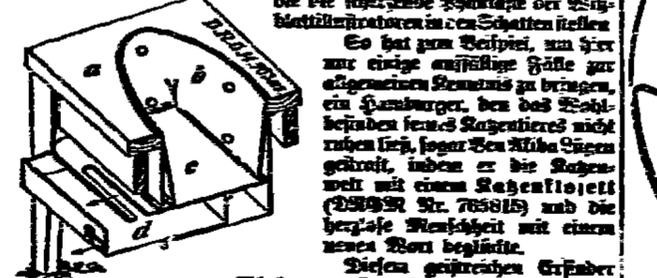


Abbildung 1: Diese scheinbar einfache Erfindung genügt aber nicht etwa eine noch allfällige scheinbare Durchsicht, sondern keine würdige Idee magte auch hier ein sehr schön und sauber gearbeitetes Modellchen verfertigt werden, das hier in technischem Sinn in verständlicher Darstellung (Abb. 1) wiedergegeben ist. (a) ist dabei ein zylindrisches

Schiff, das eine wasserartige Flüssigkeit (b) besitzt, deren Boden (c) sowie eine Blechplatte (d) herausgehoben werden kann. Die hier beschriebene Vorrichtung von dem „mobilierten Verrückten“ benutzt werden muß, verfertigt der „Edison der Kap.“ überhaupt in seiner dem Registratorpapiere in kurzen Beschränkung. Er sagt darin nur, daß es eine Erfindung sei, eine Kap. daran zu erwähnen, da selbige immer einen Ort anzeigt, wo Sand vorhanden ist.

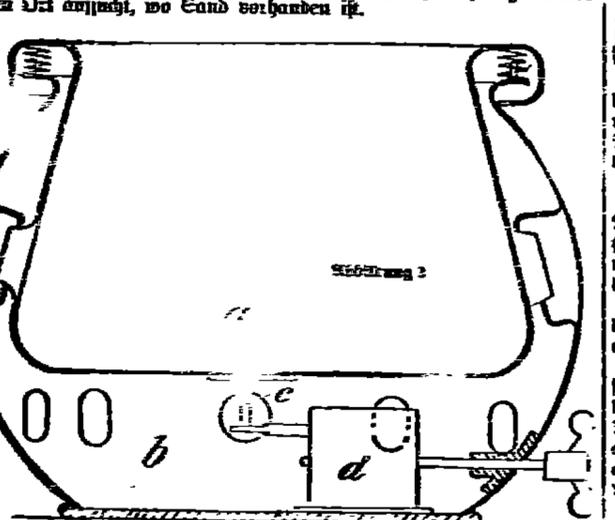


Abbildung 2: Da wir gerade von „Erfindungen“ sprechen, mag hier gleich auch eine ähnliche Vorrichtung, allerdings für unsere kleinen Kameras, erwähnt sein (Abb. 2), deren doppelter Schieber (b) auf

seinem Boden ein „Rufwerk“ (d) enthält, das durch die „musikalische Bewegung“ von (a) durch einen kleinen, aber doppelten „Pa“ von einem Anschlag (c) betätigt wird.

Der einleitende, seinerzeit im Reichsanzeiger veröffentlichte Titel des unter Nr. 564 148 geschützten, einem Badener aus Freiburg i. Br. gehörenden Gebrauchsmusters lautet kurz und bündig: „Rachtopf mit Ruf.“ Unter den vielen Offenlegungen wird es sicher einen oder auch mehrere geben, die sich vorzüglich für das durch kleine Hintergedanken betätigte „Rufwerk“ eignen.

Fliegen besorgen von neuem die unter der Schilde, Kaiser Domitian (1 bis 96 nach Chr.) das handgemachte Mittel der angebene ganz sicherort.

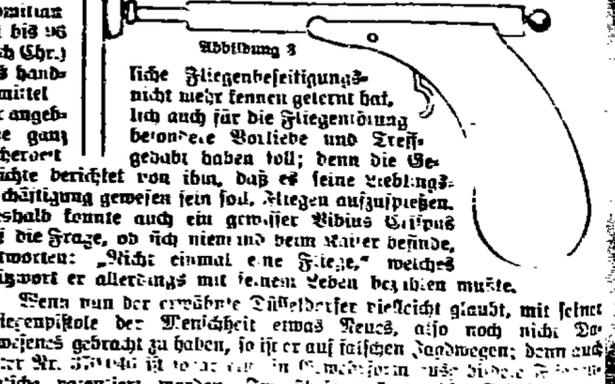


Abbildung 3: Diese Fliegenbeseitigungsmittel nicht mehr kennen gelernt hat, sich auch für die Fliegenbeseitigung besondere Vorteile und Treffsicherheit geboten haben soll; denn die Geschichte berichtet von ihm, daß es seine Fliegenbeseitigung gewesen sein soll. Fliegen aufzuspießen. Deshalb konnte auch ein gewisser Tibius Cyprian auf die Frage, ob sich ein und demselben benütze, antworten: „Nicht einmal eine Fliege,“ welches Signifikant aber allerdings mit seinem Leben bezahlen mußte. Wenn man der erwähnte Fliegenbeseitiger wirklich glaubt, mit seiner Fliegenbeseitigung der Fliegenheit etwas Neues, also noch nicht Bekanntes gebracht zu haben, so ist er auf falschem Wege; denn auch unter Nr. 564 148 ist in der Tat ein Fliegenbeseitigungsmittel patentiert worden. Im übrigen kann die

Werksgemeinschaft

Eine neue Harmoniedufelei

Wer die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennt, der kennt auch die frampfhafte Verfaßung der kapitalistischen Gesellschaft, die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zu verdunkeln, aber die Berührungspunkte zwischen diesen beiden Seiten unseres Wirtschaftslebens ins hellste Licht zu stellen. Die Führer des Proletariats haben keineswegs verkannt, daß in gewisser Beziehung gemeinsame Belange vorhanden sind zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, insofern beiden Teilen damit gebietet ist, wenn unsere Wirtschaft auf der Höhe ist, wenn das Geschäft blüht, wenn Handel und Wandel gedeiht. Darüber hinaus haben die tiefer blickenden Führer aber niemals verkannt, daß ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, der durch keinerlei Redensarten und durch keine Verdunkelung der Tatsachen aus der Welt zu schaffen ist. Da der Kapitalismus eine Erwerbswirtschaft ist, die auf der Erzielung von Überschüssen und Gewinnen beruht, so ist es erklärlich, daß das Unternehmertum sein Bestreben darauf richtet, aus der Arbeitskraft seiner Arbeiter und Angestellten möglichst viel Mehrwert herauszumirtschaften und in seine Tasche zu leiten. Die Profitgier und die Ausbeutungstendenz des Kapitals ist eine Tatsache, die so klar zutage liegt, daß nur ein Blinder sie bestreiten kann. Diese Tatsache ist im Wesen des Kapitalismus begründet. Sollte ein kapitalistisches Unternehmen auf dieses Ausbeutungsbestreben verzichten, so würde es unrentabel und müßte zugrunde gehen. Würde ein Unternehmer in einer Umwandlung von Edelmütigen Leuten den vollen Ertrag ihrer Arbeit zulommen lassen, so müßte er Pleite machen und man würde ihn übereinstimmend für einen unfähigen Menschen und schlechten Geschäftsmann erklären. Dem kapitalistischen Ausbeutungswillen steht der Wille des Proletariats gegenüber, diese Ausbeutung einzudämmen oder ganz zu beseitigen. Da sich dieser Wille mit der Einsicht paart, daß der einzelne Proletarier gegenüber dem Kapital machtlos ist, so bildeten sich die proletarischen Organisationen, die den Zweck verfolgen, der kapitalistischen Ausbeutungsbestrebungen Schach zu bieten.

Bei einer solchen Lage der Dinge konnten selbstverständlich jene Leute, die die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigten, bei der großen Masse der Proletarier wenig Anklang finden. Diese Harmonie — wie zwischen Knüttel und Hund, sagt Unkel Bräsig — wurde zu einem Gespött und die Hirsch-Dunderschen Harmoniepostel verfielen dem allgemeinen Gespötte. Auch die Christlichen, die den Klassenkampf ablehnten und von einer gütlichen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum ihr Heil erwarteten und noch mehr die wirtschaftsfriedlichen Selben, die von der Gnade des Kapitals lebten, erschienen in den Augen der denkenden, Klassenbewußten Proletarier als komische Figuren, wenn nicht als Schlimmeres.

Die Vertreter des Harmoniegedankens mußten im Laufe der Zeit zu ihrem Schanden erkennen, daß dieser Gedanke in der Praxis jedesmal Schiffbruch litt und daß auch sie lämpfen mußten, wenn sie beim Unternehmertum ihre Forderungen durchsetzen wollten. Der Glaube, man könne einen Unternehmer durch seine Neben veranlassen, freiwillig auf sein Ausbeutungsrecht zu verzichten, ist gerade so fadisch, als wenn man glauben wollte, man könne einen Löwen überreden, er solle sich den Gemüß des Fleisches abgewöhnen und Gras fressen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in allen ihren Verzweigungen hat bewiesen, daß von einer wirklichen Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zeitweilig zurückzustellen und in gemeinsamer Arbeit den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu bewerkstelligen. Diese Arbeitsgemeinschaft, die aus der Rot der Zeit geboren war und von den Gewerkschaften eine große Selbstüberwindung forderte, sollte beruhen auf der Gleichberechtigung beider Organisationen und ihrer gegenseitigen Anerkennung. Sie propagierte die Gemeinsamkeit der Belange der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und als deren Folge die Einstellung der Kämpfe und das Zusammenarbeiten aller wirtschaftlichen Organisationen. Allerdings waren die Meinungen führender Gewerkschaften über den Wert und die Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft schon damals geteilt, und zweifellos haben jene, die diesen Gedanken ablehnten, Recht bekommen. Es zeigte sich nämlich bald, daß das Ausbeterium, das seine Krallen ein wenig eingezogen hatte — der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — allmählich wieder seinen wahren Charakter hervorgehoben. Die Profitgier und die Raubgier der Unternehmer traten immer deutlicher zutage, selbst die launischsten Gewerkschaften merkten, daß mit Etienne & Co. nicht gut Kräfte zu tun sind. Darüber ging denn die mit so großen Hoffnungen und Erwartungen begrüßte Arbeitsgemeinschaft schrittweise in die Brüche. Sie ist ins Grab gesunken und mag fast sagen, wir werden ihr keine Träne nachweinen.

Die Lage läßt bekanntlich das Manoeuvrieren nicht. Auch das Unternehmertum würde gegen seine Natur handeln, wenn es keine ausbeterischen Triebe eladamen wollte. In diesem Blick und die Gewerkschaften durch innere Zwänge und äußere Verhältnisse gezwungen. So mag denn das Ausbeterium die gute Gelegenheit und nicht das Proletariat wiederzugeben. Entziehung und Anechtung der Arbeiter, so lautet die Losung der Schmarotzer. Wie diese Lösung im gegenwärtigen Augenblick in die Tat umgesetzt wird, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Die Freiheit, Profitgier und Herrschgier des Ausbeteriums kennt keine Grenzen mehr. Es scheint, als ob Etienne und Co. schon zu einem endgültigen Schicksal ansetzen, um alles zu vernichten, was das heutige Proletariat in jahrzehntelanger Arbeit errungen hat. Daher gibt es noch zahllose Proletarier, die empfindend gar keine Ahnung davon haben, was vorgeht, und die infolgedessen einander tatenlos beiseite stehen oder durch gegenseitige Verleumdungen den Kapitalisten Wasser auf die Mühle treiben. Wer heute die deutsche Arbeiterbewegung im allgemeinen betrachtet, der findet keinen Grund über die Verblüffung und den Eigensinn, die Gleichgültigkeit und Schlaftrunkenheit der proletarischen Schichten. Arbeit ist in diesen kulturellen Zeiten die Proletarier oft noch ganz unzufrieden und unruhig an

ihren Gewerkschaften festhalten, beobachten wir statt dessen eine stets wachsende innere Zweitracht und eine bebauernde Flucht aus den Organisationen. Wohin das schließlich führen muß, leuchtet ohne weiteres ein.

Bei dem Verjuche, das deutsche Proletariat niederzuringen, bedient sich das Ausbeterium wiederum des Harmoniegedankens. Diesmal handelt es sich aber nicht mehr um die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen, sondern um die sogenannte Werksgemeinschaft, das heißt um das harmonische Zusammenarbeiten der Belegschaft eines einzelnen Betriebes mit der Betriebsleitung. Von jeher war es das Bestreben der Unternehmer, die Gewerkschaften auszuschalten und die Arbeitnehmer eines Betriebes abzusondern. Früher konnte man sehr häufig aus dem Munde der Unternehmer das Wort hören: „Wir haben es nur mit unseren eigenen Arbeitern zu tun, was gehen uns die Gewerkschaften an?“ Man nannte die Vertreter der Gewerkschaften, die mit ihnen verhandeln wollten, „fremde, hergelaufene Leute, die im Betriebe nichts zu suchen haben,“ und wies ihnen die Tür. Daniels hatten sie mit diesen Redensarten kein Glück. Jetzt aber scheint es, als ob sie die Hoffnung hegen, durch den Gedanken einer Werksgemeinschaft unwillkürlich, unaufgeklärte Arbeiter fördern zu können. Die Werksgemeinschaft soll die Grundlage der Belegschaften sein, die Gewerkschaften anerkannt werden. Wäre diese Gedanke nicht so verflucht dumm, man wäre versucht, ihn gelächelt zu nennen. In Wahrheit steht hinter dem Gedanken der Werksgemeinschaft der Wille, die Gewerkschaften lahmzulegen und dadurch die Belegschaft der einzelnen Betriebe der Willkür des Unternehmertums auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Die Unternehmer werden natürlich nach wie vor ihre Organisationen hochhalten, ausbauen und stärken, von den Arbeitern aber verlangt man, daß sie ihre Gewerkschaft, die stärkste Waffe im Kampfe um eine bessere Lebenshaltung, preisgeben und sich selbst zur Ohnmacht verurteilen.

Weniger als jemals ist in der Gegenwart eine Harmoniedufelei angebracht. Der schärfste Kampf ist das Gebot des Tages. Darum ist Kampfesmut und zähes Ausbarren im Kampfe das wichtigste Erfordernis unserer Zeit. In der sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen. Ein Klassenbewußter Arbeiter setzt seine ganze Person ein, um den Sieg zu erringen. Er tritt mit Leib und Seele für seine Gewerkschaft ein, weil er erkannt hat, daß allein der feste Zusammenhalt mit seinen Genossen den Sieg verbürgt.

Zum Ausstand an der Wasserfront

Aus Hamburg wird uns unter dem 10. März geschrieben: Als die Bewegung auf den Werften sich zum offenen Kampf ausgewähig hatte, ist von nicht unmittelbarer beteiligten Seiten versucht worden, die Parteien zusammenzubringen. Zusammenkünfte unverbindlicher Art fanden statt. Ein Ergebnis brachten sie nicht. Auch die letzte der Zusammenkünfte am 2. d. M. war ergebnislos, mußte es sein auf Grund der Haltung der Arbeitgeber. Immer wieder muß betont werden, daß durch die Aussperrung erreicht werden soll, die Werftarbeiter zur Anerkennung eines völlig ungesetzlichen Schiedspruch zu bringen. Die Gründe, die von den Vertretern der Arbeiterschaft für die rechtliche Grundlage ihrer Forderung von der Ungezüglichteit des Spruches vom 18. Februar d. J. vorgebracht wurden, konnten von der Gegenseite nicht entkräftet werden. Auch das durch nicht, daß man der Arbeiterschaft vorhält, sie habe über diesen Schiedspruch eine — Zustimmung vorgenommen. Warum wurde die Zustimmung vorgenommen? Nun, um den Werftarbeitern zu beweisen, daß sie unrecht haben mit ihrer Behauptung: Die Arbeiter wollten eine Arbeitszeitverlängerung, um die Gewerkschaften zu hindern die Arbeiterschaft. Das Ergebnis der Abstimmung dürfte den Arbeitgebern, so kann man erwarten, der Gegenbeweis sein. Während die Werftarbeiter und mit ihnen das ganze Lager der Arbeitgeber behaupten, daß die Gewerkschaften vorläufig die Arbeiter von einer Ausdehnung der Arbeitszeit abhielten, behauptet die „gewerkschaftliche Opposition“ das Gegenteil. Die behauptung, die Gewerkschaften hätten — des Straßens am 18. d. M. der Kampf erhält überhaupt keine anderen Merkmale dadurch, daß unkontrollierbare, fragwürdige Körperlichkeiten sich betreten sich den Kampf „vorwärts zu treiben“. Zu diesem Zweck hat sich eine sogenannte Zentralleitung gebildet, die von einem „Hafenarbeiterverband, oppositionellen Betriebsräten der Schiffswerften und Erwerbslosenrat“ gebildet ist. Wie man sieht, quillt den Unternehmern Freude an seltsamen Szenen.

Daß die im Deutschen Reichsbund und bei den Maschinen- und Dreherei organisierten Hafenarbeiter eine: Schiedspruch ablehnten, ist nicht zuzuführen auf die Fragwürdigkeit der Zentralleitung, sondern auf ganz andere Dinge. Dieser Schiedspruch hält zwar an sich an dem Abhandeln an fest und bestimmt für die darüber hinaus gearbeitete Zeit Überstundenzuschläge, dochben haben im letzter Verordnungen vorhanden, die die organisierten Hafenarbeiter verurteilen, den Streit zu beenden.

Daß die gesamten Schiffswerften und die wichtigsten Hafenplätze auf Grund von Forderungen der Arbeiter stillgelegt sind, ist für die Wasserfront ein beispielloses Fakt. Wird der Streit der Hafenarbeiter fortgesetzt, dann bleibt abzuwarten, ob dies für die auslandigen Werftarbeiter eine Stärkung bedeutet. Jedenfalls aber ist das eine gewiss: wenn diese Kämpfe für die Arbeiterschaft erfolgreich sein sollen, dann ist es unbedingt notwendig, daß die von den sechentlichen Gewerkschaftsvertretern getroffenen Maßnahmen nicht von Feigheit durchkreuzt werden, die in dem Wahne leben, eine Bewegung sei nur dann für die Arbeiterschaft erfolgreich, wenn sie politisch „ausgewertet“ wird. Eine solche „Auswertung“ würde lediglich dem Unternehmertum dienen, aber bestimmt nicht der Arbeiterschaft.

Dreizig Jahre Schuhmacherverband

Im Jahre 1863 traten in Gohs 23 Vertreter der wenigen damals noch bestehenden der damaligen Zeit zusammen, um die Schuhmacher des Reichs deutscher Schuhmacher“ aufzustellen. Das Schuhmachergewerbe wühlte in seiner ganzen Schwerkraft und es war ein Ausbeterium, welches persönlichen Mut und Opferung erforderte. Alle im ausbeterischen Schwerkraft wurden überwunden und im März des Jahres 1863 wurde in Nürnberg der Reichsbund der Schuhmacher des Reichs gegründet. Der Reichsbund der Schuhmacher Deutschlands“ hervorgegangen. In späterer, unerschütterlicher Arbeit ist die schwache Organisation zu dem gemacht worden, was sie heute in deutschen Reichsteilen darstellt, nämlich einer der einflussreichsten, schlagkräftigsten Zentralverbände Deutschlands. Höhe der Schuhmacherverband weiter in alter Kraft und Einigkeit für die Rechte der Arbeiterschaft der Schuhmacherei wirken.

Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten

Der Deutsche Erfinders-Schutzverband e. V. München, gegründet 1912, veranstaltet während der kommenden Wintermonate eine große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheiten bieten, ihre Erfindungen ohne große Kosten zu veröffentlichen. Vollständig mittellose und arbeitslose Erfindungen sind gegen Entgelt erhalten gegen entsprechende bezahlte Beiträge. Die Ausstellungen werden bald erfolgen, da andererseits die angefertigten Gegenstände nicht mehr in Ausstellungs-tafelung aufbewahrt werden können. Bedingungen letzteres. Fragebogen über die Verhältnisse (Formulare) durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jelleneckstr. 15 b.

Ein sonderbarer Klagefall

„Um für 30 sozialistische Gewerkschaftsbeamte neue Stellen zu schaffen, sollen also 500 bewährte und treue Beamte auf die Straße gesetzt werden!“ Zu diesem sonderbaren Schluß schwingt sich die rühmlichst bekannte „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ auf. Sie kritisiert das Bestreben des preussischen Handelsministers Siering, der von den Dampfesselüberwachungsvereinen verlangt, Arbeiterbetriebskontrollen — eine alte Arbeiterforderung — für die Dampfesselüberwachung zum Schutze des Arbeiters einzuführen. Gegen diese durchgerechte Forderung läuft nun das Unternehmertum Sturm und kommt zu obigem sonderbaren Schluß. Nun, wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, so heißt das, daß 30 Arbeiterkontrollen einen Beamtenapparat von 500 Personen ersetzen. Die Unternehmer werden schließlich ihre Papperheime kennen. Es scheint also nach dem Unternehmerergebnis in den Dampfesselüberwachungsvereinen, die von den Unternehmern zurzeit beherzigt werden, eine unglaubliche Futtertrümpfenwirtschaft zu herrschen. Wenn die Arbeit von 30 Arbeiterkontrollen bewältigt werden kann, wie es die Arbeitgeber-Zeitung darstellt, so ist zum Wohle der deutschen Volksgemeinschaft unverzüglich zu fordern, daß die 30 Arbeiterkontrollen sofort angestellt werden, um den — nach Unternehmerurteil — vollständig unbeschäftigten Dampfesselüberwachungsverein aufzulösen.

Ulwin Körsten †

Wieder ist einer der Vorkämpfer der Metallarbeiterbewegung dahingegangen. Körsten wurde 1866 zu Söfeste, Kreis Merseburg, geboren. Er erlernte das Formnerhandwerk und gehört mit zu den Gründern des Fachvereins der Formner. Unter dem Sozialistengesetz war er im Fachverein an erster Stelle tätig. Er wirkte mit bei der Durchführung des Zentralisationsgedankens und führte die Berliner Formner dem ins Leben gerufenen Zentralverband der Formner und Berufsgenossen zu. Später wurde er ein Befürworter der Verschmelzung des Formnerverbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Körsten war langjähriger Vorsitzender der Berliner Gewerkschaftskommission. Auch politisch war er in der Sozialdemokratie hervorragend tätig und vertrat den Wahlkreis Randsow-Griffenhagen im Reichstag bis zu seinem Tode. Ein arbeitsreiches Leben hat seinen Abschluß gefunden. Ulwin Körsten war einer derjenigen, die, gleich auf welchen Platz sie gestellt werden, bis zum äußersten ihre Pflicht erfüllen, ohne nach Dank zu fragen. So wird auch jeberzeit seiner in Ehren gedacht werden.

Der Internationale Gewerkschaftskongress findet vom 2. bis 10. Juni in Wien statt. Auf der Tagesordnung steht außer dem Geschäftsbericht und dem Kasanbericht (Berichterstatter Sassenbach) die Statutenänderung (Berichterstatter J. B. Brown); die organisatorische Verbindung zwischen dem IGB und den internationalen Berufssekretariaten (Berichterstatter Dubogest); die Stellung des IGB in der internationalen Arbeiterbewegung (Berichterstatter Theodor Reipart); die internationale soziale Gesetzgebung (Berichterstatter Dubogest); internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus (Berichterstatter Jouhaug, Frankreich); der internationale Kampf um den Achtstundentag: a) die Angriffe der Unternehmer und Regierungen, b) die Verteidigungsmittel der Arbeiterklasse einschließlich der Betriebsratsfrage (Berichterstatter Mertens, Belgien).

Fellenhauer! Vor Arbeitsaufnahme in München wollen sich die Kollegen an die Ortsverwaltung des DMB, zu Händen des Kollegen Hans Vogel, München, Sommerstraße 22 II., um Auskunft wenden. Die Ortsverwaltung.

Eingegangene Schriften

Fritz Ober. Ein Lebensbild von Paul Kampffmeyer. 24 Seiten Text, mit einem künstlerischen Porträt auf dem Umschlag. Beitrag für Sozialwissenschaftl. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Preis 1.50 M.
Die Zeitung vor dem Untergang. Eine Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die kommunistischen Gewerkschaftler. Von Ernst Schulze. Gebunden 20 S. Bezug durch Organisationen 20 v. S. billiger. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14, Inselstraße 6.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Mit Sonntag den 23. März ist der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. März 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Summe der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Bochum	10	10	5	5	11. Woche
Vegeln	5	5	—	—	12. "
Labach	10	10	10	5	14. "
Münster	10	10	10	5	14. "
Münster	10	10	5	5	11. "
Witten	10	10	10	5	11. "
Witten	5	5	5	5	8. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Anforderung zur Nachfertigung

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgelöst, sich gegen erhabene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgelösten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.
Auf Antrag der Verwaltungsjahre Kilmberg:
Der Schlosser Hermann Siegenbrud, geb. am 17. Mai 1895 zu Essen, Mitgliedsbuch Nr. 424908, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Unter Gehung.
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Frachtbüchern nach Waldniel bei M.-Glabach (H. Köster) D.; von Feilerhauern und Schleifern nach Brandenburg a. Havel St., nach Wilhelmshaven (Wilhelmshavener Feilen- und Bragfabrik) D.; von Graveuren, Schnitzschloßern und Fallhammerschmieden nach Aichaffenburg (Heinrich Kahl) D.; von Mechanikern und Optikern nach Budapest (Ferd. Süss) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Detmold (Sippische Werk) D., nach Kiel a., nach Saugan (J. Raug A.-S. Erntensdynamikfabrik) D., nach Wiesmoor (J. Hannover (H. Siemens-Kraftwerk und Fortgewinnung) D.
L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v Et = Streit in Et; Et = Streit; R = Rogregelung; Mi = Mißstände; A = Auslieferung.
Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rühlstraße 16.